

Sehr geehrte Frau Prof. Dr. Dorothee Dienstbühl,

In dem Magazin der Gewerkschaft der Polizei (GdP) vom Juli 2020 wurde Ihr Artikel „Linksextremismus: Die Erben der RAF – Verstörende Menschenbilder“ veröffentlicht.

Darin berichten Sie unter anderem von linksextremistischen Gewalttaten, die unter dem Deckmantel des Antifaschismus gerechtfertigt werden und bezeichnen das Menschenbild von (gewalttätigen) selbsternannten Antifaschist*innen als nur wenig humanistisch. Diese Gruppierungen würden Menschen, Institutionen und den deutschen Staat denunzieren. Außerdem zeichnen Sie ein klares Bild davon, welche Menschen die „linksextreme Szene“ anzieht: Dies seien vor allem „entlaufene Wohlstandkinder“ mit studentischem Hintergrund. Das alles wird unterlegt mit Vergleichen zur RAF. Sie verstärken das Feindbild zwischen Polizei und linken Gruppen. Und das, wo gerade in der letzten Zeit vermehrt faschistische Anschläge verübt wurden.

Wir sind der Ortsjugendausschuss der IG Metall Mittelhessen und möchten Ihnen unsere Perspektive zu einigen von Ihnen angesprochenen Punkten erläutern, weil wir denken, dass einiges in der Art, wie Sie es darstellen, nicht so stehen gelassen werden kann.

1. Wieso dieses Schwerpunktthema?

In Anbetracht der jüngsten Ereignisse wundern wir uns sehr, dass ausgerechnet jetzt eine Ausgabe zu „linksextremistischer“ Gewalt erscheint, die Antifaschist*innen verunglimpft. In den letzten Monaten gab es mehrere faschistische Anschläge. So erschoss ein Faschist am 1. Juni 2019 den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübke, am 9. Oktober 2019 tötete ein selbiger zwei Menschen, nachdem er an der Öffnung der Tür einer Synagoge scheiterte und am 19. Februar 2020 ermordete wiederum ein Faschist zehn Menschen in Hanau. Außerdem wurde das rechtsradikale Netzwerk „Hannibal“ in der Bundeswehr aufgedeckt. Waffen und unglaublich viel Munition wurden gebunkert, es gab Todeslisten und Schießtrainings. Hierdurch fühlen auch wir junge Gewerkschafter*innen uns ernsthaft bedroht. Aber all das hat es nie auf die Titelseite der Zeitschrift der GdP geschafft.

Rechte Strukturen innerhalb der Polizei sind mit der Satzung des DGB unvereinbar. Gerade in einer Zeit, wo deutschlandweit über Polizeigewalt, Racial Profiling und rechtsradikale Gruppierungen innerhalb der Polizei diskutiert wird, denken wir, dass eine Polizeigewerkschaft diejenigen Kolleg*innen schützen sollte, die sich gegen diese und andere Formen der Diskriminierung stellen. Dazu ist es auch notwendig, offen die

Probleme, die ohnehin zunehmend sichtbarer werden, innerhalb der Polizeistrukturen anzusprechen und zu bearbeiten, anstatt Sie durch Pressearbeit zu retuschieren.

2. Zur Gewaltfrage

Sie schreiben:

„Kein Extremismus ist besser oder richtiger, als ein anderer. Es geht nicht darum, eine politisch lebendige Landschaft, die auch nach links und rechts bis zum Radikalen gehen darf, zum Verstummen zu bringen. Allerspätestens aber muss dann eine Grenze gezogen werden, wenn Gewalt die Diskussion ersetzt. Und wenn Menschenleben in Kauf genommene Nebenschäden sind.“

Und weiter:

“Dennoch maßen sich ausgerechnet diese [d.h. linksextreme] Gruppierungen permanent an, bei jeder sich bietenden Gelegenheit vermeintliche Polizeigewalt anzuprangern, und stellen per se den Rechtsstaat in Frage. Sie monieren allgegenwärtigen Rassismus. Dabei sind es diejenigen, deren Menschenbild nur wenig Humanistisches in sich birgt.“

Tatsächlich halten wir Polizeigewalt für ein ernstzunehmendes Problem, genauso wie den Alltagsrassismus in Deutschland und den staatlicher Institutionen. Generell kritisieren wir unsere gewalttätige Gesellschaft. Wir halten die einseitige Verurteilung von „extremistischer Gewalt“ jedoch für heuchlerisch.

Hier sind wir ganz bei Bertolt Brecht (1967: 466):

„Es gibt viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen zum Suizid treiben, einen in den Krieg führen usw. Nur wenig davon ist in unserem Staat verboten.“

Wie beispielsweise eine Befragung des DGB (vgl. 2019) ergab, hat Schichtarbeit deutliche Auswirkungen auf das körperliche und psychische Wohlbefinden der Beschäftigten. Und laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung fallen einkommensschwache Familien in größeren Städten durch hohe Mieten oftmals unter die staatliche Grundsicherung (vgl. Stein 2013). Durch die Tatsache, dass diese Zustände in der Regel durch keine Gesetze sanktioniert werden, erscheinen sie schnell als normal und moralisch weniger bedenklich

als das, was wir klassischerweise unter dem Gewaltbegriff verstehen. Brechts Zitat zeigt aber: Es sind nicht nur Delikte, wie z.B. Körperverletzung oder Sachbeschädigung, als Gewalt anzusehen. Sie können es sich also nicht leicht machen und einseitig „Links- und Rechtsextremist*innen“ der Gewaltaffinität bezichtigen. Gewalt kommt vor allem in ihrer weniger offensichtlichen Form aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft und ist tief in die Institutionen des bürgerlich-kapitalistischen Staates eingeschrieben. Anstatt also darüber zu debattieren, wessen Menschenbild nun am wenigsten humanistisch ist, sollten wir nach Möglichkeiten suchen, die alltägliche Gewalt aus unserem Leben zu verbannen.

Des Weiteren betonen Sie die große Rolle linker Gruppen bei der Gewaltausübung gegenüber Rechten und Polizist*innen. In vielen Fällen geht es hier jedoch um Gegenwehr gegen faschistische Übergriffe und Polizeigewalt und nicht um feige Angriffe auf aufrichtige Bürger*innen. Aber nicht nur solche Gruppen unterliegen Polizeigewalt - auch Unbeteiligte werden bisweilen Opfer. Wenn Sie uns nicht glauben, vielleicht tun Sie es dann den diversen Videos und Augenzeug*innenberichten, die dies eindringlich nahelegen. Es sind eben nicht nur die von Ihnen heraufbeschworenen „extremistischen Gruppierungen“, sondern es kann jede und jeden erwischen, der oder die legitimen antifaschistischen Widerstand leistet - oder sogar nur zur falschen Zeit am falschen Ort war. Hier scheinen recht häufig „Kollateralschäden“ in Kauf genommen zu werden.

Sie argumentieren gegen Gewalt. Warum kritisieren Sie dann nicht auch die Gewalt der Polizei? Warum wehrt sich die Polizei vehement dagegen, solche Fälle aufzuklären, indem beispielsweise für die Einrichtung unabhängiger Beobachter*innen der Polizei gesorgt wird?

3. Darstellung von „Linksextremismus“

Es hat den Anschein, als würden Sie Ihre Aussagen lediglich auf Gewalttäter*innen mit linksextremistischen Beweggründen beziehen. Sie sprechen von „selbsternannten Antifaschisten“, sozusagen einer studentischen Elite mit „Robin-Hood-Attitüde“, und bezeichnen antifaschistische Gruppen, Autonome oder „den sogenannten schwarzen Block“ als „gewaltaffine Kollektive“. Alles zusammen suggeriert das Bild einer gewaltigen Gruppe von Menschen, die allesamt ignorant Schäden an Menschen und Gegenständen provozieren - als müsse sich die Bevölkerung vor jedem Menschen in Acht nehmen, der sich selbst als Antifaschist*in bezeichnet.

Auch die Darstellung einer linksextremen Szene als elitärer Zusammenschluss von

„pöbelnden Steineschmeißer*innen“, die sich trotz gutbürgerlichen Elternhauses heldenhaft als Vertreter*innen des Proletariats bezeichnen, bestärkt dieses Bild. Da fragen wir uns wirklich, welchen Wohlstand Sie meinen. Die 918 Euro, die Studierenden laut der 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes des Jahres 2016 durchschnittlich monatlich zur Verfügung stehen? (vgl. Apolinarski et al. 2017: 14) Damit lebten sie *unterhalb* der Armutsgrenze für Alleinlebende (2016: 969 Euro, Statista 2020) und sind keinesfalls die von Ihnen heraufbeschworenen „Wohlstandsraubauken“. Oder meinen Sie mit letzteren nur die verschwindend geringe Anzahl „reicher“ Studierender? 2019 hatten lediglich etwa 0,9 Prozent ein Einkommen zur Verfügung, das höher als 3000 Euro monatlich betrug (vgl. VuMA 2020).

Im Übrigen sind wir als Ortsjugendausschuss der IG Metall Mittelhessen auch eine antifaschistische Gruppe, indem wir uns an der IG Metall-Satzung und dem darin verankerten Antifaschismus orientieren. Die wenigsten von uns kommen aus einem akademischen „gutbürgerlichen“ Elternhaus. Aber sagen wir mal, dass dem so wäre, also nur die reichen Studierenden „Linksextremisten“ wären. Entwertet dies die Anliegen der angesprochenen Gruppe? Um Polizeigewalt oder den Staat kritisieren zu dürfen, muss eine Person keine komplett „weiße Weste“ haben oder moralisch über jeden Absolutheitsanspruch erhaben sein. Gerade Sie sollten das wissen, wo Sie doch dem Gedanken der gesellschaftlichen Wiedereingliederung einen „besonders hohen Stellenwert“ beimessen.

Was diese Art und Weise der Darstellung auf jeden Fall erreichen kann, ist, dass sich die genannten Personen politisch noch weniger ernst genommen fühlen, als sie es ohnehin schon tun. Ihre Person reproduziert das Bild gewalttätiger, intoleranter und überheblicher Staatsfeinde, das schon seit Jahrzehnten im Zuge medialer Meinungsmache gegen Linke verschiedenster Couleur instrumentalisiert wird. Und vielleicht wird ja gerade durch die Undifferenziertheit und Einseitigkeit der Berichterstattung, die schließlich in Gewalt mündende Wut zusätzlich befeuert. Dazu kommt, dass die Polizei bundesweit verschärfte Befugnisse zugesprochen (Stichwort: Polizeiaufgabengesetz) bekommt. Damit entstehen zunehmende rechtliche Risiken sogenannter "politischer Gewalttaten", die es unwahrscheinlich erscheinen lassen, dass Studierende ihren Fitnessstudio-Besuch durch ein „spannendes Katz-und-Maus-Spiel“ mit der Polizei ersetzen wollen.

Im Übrigen gibt es den „Schwarzen Block“ nicht als Organisation. Es handelt sich lediglich um eine Demonstrationstaktik. Sie wissen bestimmt, dass die Bereitschaftspolizei oder Sondereinsatzkommandos auch hin und wieder schwarz gekleidet und ver mummt auftreten. Dies wird damit gerechtfertigt, dass die Privatpersonen die hinter den

Polizist*innen stecken geschützt werden sollen. Auch Demonstrant*innen versuchen sich so vor Faschist*innen oder der Repression staatlicher Behörden zu schützen. Auch stecken hinter der schwarzen Kleidung sehr unterschiedliche politische Meinungen und auch eine unterschiedlich starke Bereitschaft, Gewalt auszuüben, oder nicht noch „die zweite Wange hinzuhalten“, wenn es hart auf hart kommt.

4. Antifaschismus = Mitte der Gesellschaft?!

Gegen Ende Ihres Artikels behaupten Sie, dass Linksextremist*innen „seit Jahren einen Begriff, der der Mitte der Gesellschaft gehört“, besetzen würden: den des Antifaschismus. Um dem entgegen tatsächlich etwas zur „Stärkung der Mitte und gegen rechts“ zu tun, müsse man aufhören, „Gewalttäter als Antifaschisten regelrecht zu ikonisieren.“ Nun fragen wir uns wirklich, was Sie unter der „Mitte der Gesellschaft“ verstehen, die den beiden Enden des Hufeisens¹ - links und rechts - überlegen sei. Verschiedenste linke Strömungen haben den gemeinsamen Nenner, wie auch immer begründete soziale Ungleichheit und Ungleichwertigkeit zu kritisieren, oder sogar vollkommen abzulehnen. Demnach wird sich auch gegen faschistische Ideologien und Herrschaftsformen gewendet, die, wie Sie selbst schreiben, von „nationalistischen und gewaltbejahenden Exklusionsgedanken“ geprägt sind. Um es auf den Punkt zu bringen: links lehnt das ab, was rechts prinzipiell befürwortet.

Und wofür steht die von Ihnen glorifizierte gesellschaftliche Mitte? Bei der Bundestagswahl 2017 sind circa 1.040.000 Menschen, die bei der Bundestagswahl 2013 noch Unionsparteien wählten, zur AFD „gewandert“. Das sind weit mehr Zuläufe zur AFD von einer sich selbst stolz als Mitte bezeichnenden CDU und CSU, als von allen anderen Parteien. Zum Vergleich: Die SPD hat mit 510.000 Stimmen nur fast halb so viele Wähler an die AFD eingebüßt (vgl. Neu und Pokorny 2017).

Dass rechte bis faschistische Parteien ihre Wählerschaft vor allem in der vermeintlichen Mitte der Gesellschaft haben, ist nichts neues. Renommierete Studien zum sozialen

¹ Bei der Hufeisentheorie handelt es sich um ein Schema, anhand dessen Parteien und andere politische Organisationen auf der politischen Skala von links- bis rechtsextrem eingeordnet werden können. Diese viel zu vereinfachte Extremismustheorie provoziert eine gefährliche und falsche Gleichstellung zwischen der politischen Recht und Linken, die der „goldenen Mitte“ gegenübersteht. Das sich die Ziele von Links- und Rechtsextremismus, ihr Menschenbild und ihr Weltbild grundsätzlich unterscheiden, wird in der Hufeisentheorie nicht berücksichtigt bzw. sogar negiert. Vor allem deswegen war und ist es nicht zeitgemäß, diese Theorie als Grundlage für politisch und wissenschaftlich fundierte Diskussionen zu verwenden (vgl. Meyer 2020)

Hintergrund von NSDAP-Wählern legen dies nahe. So verdankte die Partei der deutschen Faschist*innen ihren Zuwachs dem Wählerreservoir bürgerlich-protestantischer Parteien, weswegen sie gemeinhin als „mittelständische Sammelbewegung“ (Borowsky 2005: 237) bezeichnet wird. Seymour Martin Lipset brachte es auf den Punkt, als er den Hitlerfaschismus als „Extremismus der Mitte“ bezeichnete. Zudem charakterisierte er den idealtypischen Anhänger der NSDAP als „protestantische[n] Angehörige[n] der selbständigen Mittelschicht, der entweder auf einem Bauernhof oder in einer kleinen Gemeinde lebt und früher für eine Partei der Mitte oder eine Regionalpartei gestimmt hat“ (zitiert nach Borowski 2005: 238).

Demgegenüber ist damals wie heute das linke Lager gegenüber faschistischer Demagogie relativ stabil. Wählerwanderungen von Linken zur NSDAP waren 1933 bereits die „extreme Ausnahme“ (Borowski 2005: 236) und 2017 stellten die zur AFD gewanderten vormaligen Anhänger der Grünen und der Linken zusammen nicht einmal halb so viele wie die von den Unionsparteien zur AFD migrierten Parteianhänger. Da fragt man sich erstens, wo diese „demokratische Mitte“ sein soll, die es nicht nur schafft, sich gegen die extreme Linke abzugrenzen, sondern vor allem auch gegen den Faschismus. Und zweitens, müsste sich die faschistische Bewegung nicht vor allem aus Anhängern der anderen „Ecke“ speisen, aus der vermeintlichen linksextremistischen Gefahr, wenn sich „Rechts- und Linksextreme“ wirklich so ähnlich wären, wie Sie es schreiben?

Alles in allem müssen wir uns folgende Frage an diesem Punkt stellen: Wozu das alles? Wieso setzten Sie alles daran das Feindbild, das zwischen linken Gruppen und der Polizei herrscht, zu bestärken, anstatt gerade dem entgegenzuwirken? Warum schreiben Sie einen demagogisch aufgeladenen Text, der noch mehr „Öl ins Feuer gießt“, anstatt den rationalen und mitunter kritischen Dialog zu suchen? Als „Frau Professor Doktor“ an einer Hochschule und damit als Verantwortliche im Bereich der Lehre und Forschung hätten wir wesentlich mehr von ihnen erwartet.

Der Ortsjugendausschuss der IG Metall Mittelhessen

Quellen

Apolinarski, Beate; Becker, Karsten; Bornkessel, Philipp; Brandt, Tasso; Heißenberg, Sonja; Middendorff, Elke und Poskowsky, Jonas (2017): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016. Zusammenfassung zur 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung. Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

Borowski, Peter (2005): Wer wählte Hitler und Warum? In: Schlaglichter historischer Forschung. Studien zur deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Hamburg: University Press.

Brecht, Bertolt (1967): Me-ti/ Buch der Wendung. In: derselbe, gesammelte Werke 12, Prosa 2. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. Neu, Viola und Pokorny, Sabine (2017): Bundestagswahl in Deutschland am 23. September 2017. Tabellenanhang zur Wahlanalyse. Endgültiges Ergebnis. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Meyer, Katharina (2020): Warum die Hufeisentheorie nicht zeitgemäß ist. Link zur Online-Ressource: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/hufeisentheorie-hufeisenschema-rechtsextremismus-afd-linke-thueringen-102.html>. [Abrufdatum: 05.08.2020]

Statista (2020): Schwellenwert für die Armutsgefährdung in Deutschland auf Basis des monatlichen Äquivalenzeinkommens nach Haushaltsgröße von 2007 bis 2018. Link zur Online-Ressource:

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/816302/umfrage/monatlicherschwellenwert-fuer-armutsgefaehrdung-in-deutschland-2016/>. [Abrufdatum: 12.07.2020].

VuMA (2020): Verbrauchs und Medienanalyse. Zitiert nach: Statista (2020): Studenten in Deutschland nach Nettoeinkommen im Vergleich mit der Bevölkerung im Jahr 2019. Link zur Online-Ressource:

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/860094/umfrage/umfrage-indeutschland-zum-nettoeinkommen-der-studenten/#:~:text=Umfrage%20in%20Deutschland%20zu%20Nettoeinkommen%20der%20Studenten%202019&text=Im%20Jahr%202019%20hatten%20rund,3%20Prozent%20ohne%20eigenes%20Einkommen.> [Abrufdatum: 12.07.2020].

DGB (2019): Schichtarbeit: Definition, Modelle, Gesetze, Gesundheit. Link zur Online-Ressource: <https://www.dgb.de/themen/++co++61297958-005f-11e8-9602-52540088cada>. [Abrufdatum: 03.08.2020].



Stein (2013): Armut nicht nur eine Frage von Hartz IV. Gütersloh. Link zur Online-Ressource: <https://www.bertelsmannstiftung.de/de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/pid/armut-nicht-nur-eine-frage-von-hartz-iv/>. [Abrufdatum: 03.08.2020]